wenn er schon dem jetzigen vorgelegt wird, denn an eine Aenderung der Finanzreform von 1909, an Ausdehnung der Erbschaftssteuer sei doch nicht zu denken; die Regierung werde auf absehbare Zeit nicht die Hand zu solchen Steuerexperimenten bieten. Also: **„es liegt im Reichsinteresse, wenn es möglich wäre, den Etat vor den Wahlen zu verabschieden".** Höhnisch wird ferner erklärt, daß die wütenden Proteste der Sozialdemokratie der Regierung zeigen könnten, „daß der Gedanke gut und empfehlenswert sei".

Mit der Dreistigkeit und Gottesfurcht, die sie auszeichnet, gehen die Kreuzritter wieder einmal aufs Ganze. Sie glauben, daß es ihrem Vorteil entspricht, die Wahlen möglichst weit hinauszuziehen. Der jetzige reaktionäre Reichstag soll noch allerlei Gesetze fertig stellen, die im nächsten Reichstag voraussichtlich einen weit volkstümlicheren Anstrich erhalten würden. Ferner geben sich die Kreuzritter der Hoffnung hin, daß das deutsche Volk je länger je mehr die Sünden der Finanz„reform" vergessen werde. Würde aber der jetzige Reichstag noch den Etat für 1912/13 durchpeitschen, so könnten schließlich die Neuwahlen noch bis in den Sommer oder Herbst 1912 verschoben werden! **Dies ist ohne Zweifel das eigentliche Ziel der konservativen Partei.** Es macht dieser Partei nicht das geringste aus, daß all das **nur durch Verfassungsbruch** zu erreichen wäre.

Es bedarf keiner längeren staatsrechtlichen Erörterungen, um die Verfassungswidrigkeit der konservativen Zettelungen darzutun. Fünfjährige Gesetzgebungsperiode und jährliche Etatsfestsetzung, andrerseits Festsetzung von zwei Etats statt fünf Etats durch einen und denselben Reichstag! Oder gar: Beginn der neuen Gesetzgebungsperiode, aber Nichtvorhandensein eines Reichstags! Das alles ist total verfassungswidrig. Selbst die so absolutistische und durch ihre Lückenhaftigkeit den Absolutismus fördernde Reichsverfassung läßt derartig freche Auslegungskünste nicht zu.

Nicht minder groß als der verfassungsrechtliche ist **der politische und moralische Skandal dieser Reaktionsbestrebungen.** Man will durch Verfassungsbruch die Existenz eines Reichstags fristen, der **schon längst seine Arbeit hätte abbrechen müssen,** weil seine Zusammensetzung offensichtlich nicht mehr dem Volkswillen entspricht. Der im Januar 1907 gewählte Reichstag hat sein politisches Ende zu derselben Stunde erreicht, als Herr v. Bülow, der ihn mit falschen Zauberkünsten ins Leben rief, den Abschied nehmen mußte.

Ob alle diese neuen Pläne der Kreuzritter sich erfüllen werden, steht noch dahin. Es wird noch darauf ankommen, ob die Nationalliberalen sich in dieser Art vollends ins konservative Schlepptau werden nehmen lassen.

Das jedoch ist sicher: falls die Reaktion in der Richtung der Ankündigungen der Kreuzzeitung vorzugehen versuchen wird, **so werden im deutschen Reichstage Kämpfe auftreten, wie sie dieses Parlament noch nicht erlebt hat! Ein solches Uebermaß der Vergewaltigungen wird sich selbst das so geduldige deutsche Volk nicht bieten lassen!**

Marokko.

Aus Marokko selbst laufen die Nachrichten sehr spärlich ein, um sich ein klares Bild über die Lage bilden zu können. Von einer Einnahme von Fez ist keine Rede mehr und alles hat den Anschein, als ob in der letzten Zeit maßlos übertrieben worden ist. So lautet die letzte vorliegende Meldung:

Tanger, 23. April. Alle Alarmnachrichten, die besonders nach Madrid gemeldet worden sind, sind völlig unbestätigt. Gegenüber Nachrichten aus Ceuta und Melilla über die Lage in Fez ist besondere Vorsicht geboten, da von dort nach Fez keinerlei Verbindung ist. Bei Fez finden gegenwärtig keine weiteren Kämpfe statt.

Auch ein Pariser Telegramm berichtet von Nachrichten aus Fez vom 15. April, welche besagen, daß die Berber infolge ihrer Niederlage vom 12. April entmutigt zu sein scheinen.

Um so eigentümlicher muß aber das Vorgehen Frankreichs berühren. Ein Ministerrat, der gestern abend erst nach sieben Uhr sein Ende erreichte, beschloß, die Hilfskolonne der Schauja durch eine Abteilung französischer Truppen zu ergänzen und das Besetzungskorps der Schauja durch neue Truppensendungen in Höhe von zehn- bis zwölftausend Mann zu verstärken. Damit wird die politische Konstellation in Marokko in eine Situation gelenkt, deren Ausgang nicht zu übersehen ist. Ein gut Teil zu diesem Vorgehen der Regierung trägt auch die bürgerliche Presse Frankreichs bei. Sie hetzt schon seit längerer Zeit die Regierung auf, schärfere Maßnahmen in Marokko in Anwendung zu bringen, und an erster Stelle in diesem Appell an chauvinistische Instinkte steht der Pariser Temps. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß die Regierung in ihren Mitteilungen an andere Staaten nicht etwa in mehr oder weniger verhüllter Weise um eine Art von Zustimmung zu Frankreichs Vorgehen ersucht habe. Im vorliegenden Falle genüge die einfache Anzeige der notwendig gewordenen Entschlüsse. Es sei sogar eine Frage des Taktes, eine andere Macht bei den Verantwortlichkeiten nicht zu engagieren, die Frankreich allein übernehmen müsse. Und als Eideshelfer dieser Auffassung ist dem Temps eine Auslassung Bülows gut genug, der im Jahre 1908 im Reichstag Oesterreich dafür dankte, daß es nicht durch eine besondere Mitteilung Deutschland in die Annexionsfrage hineingezogen habe. Es handle sich um die nationale Ehre Frankreichs, die nicht durch politische Beweggründe veranlaßt worden sei. Und damit das Blatt auch seinen Teil zu den Widersinnigkeiten diplomatischen Ränkespiels beiträgt, beruft es sich in diesem Falle auf Wilhelm II., indem sie die „durch Kraft und Mut bewunderungswürdigen Worte" zitiert, die dieser vor 14 Jahren zu seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, gesprochen, als es sich darum handelte, mit der „gepanzerten Faust" die deutschen Missionare in China zu schützen.

Äußerst klar und vorurteilsfrei beurteilt Genosse Jaurès in der Humanité die Stellung Frankreichs in Marokko und verurteilt mit großer Schärfe die imperialistische Absicht seines Heimatlandes. Er sagt:

„Wenn es wahr ist, daß im belagerten Fez das Leben der Europäer gefährdet ist und die die Sultansmahalla befehligenden französischen Offiziere mit Umzingelung und Aufreibung bedroht sind, dann lastet eine furchtbare Verantwortlichkeit auf den Verbrechern, die dieses Abenteuer eingefädelt haben, und auf den Schlächtereien oder Treulosen, die sich ihnen verkauft haben. Indem man dem Sultan alle seine Hilfsquellen stahl und ihn zwang, seine treuesten Stämme auszupressen, um zu einigem Gelde zu gelangen, indem man ihm die Aufstellung eines regelmäßig besoldeten zuverlässigen Heeres unmöglich machte und ihn in den Augen der Marokkaner durch die dauernde Besetzung der Schauja und die Vorstöße des Generals Moinier demütigte, bereitete man die anarchistischen Aufstände von heute vor. Was geht jetzt vor? Ist es wahr, daß der Sultan die Hilfe einer in der Schauja zu bildenden und von französischen Offizieren geführten Mahalla verlangt hat? Oder haben alle diese Lärmtitel und Ueberschriften in Plakatschrift nur den Zweck, die öffentliche Meinung in eine Panik zu versetzen, den Marsch nach Fez und die endgültige Besitzergreifung von Marokko vorzubereiten? Der Algecirasvertrag und gewisse französisch-spanische Abmachungen widersetzen sich einer ausschließlichen Aktion Frankreichs, und diplomatische Verwicklungen können entstehen. Davon wollen wir nichts wissen. Wir wollen nicht, daß der Friede oder mindestens die Ruhe Europas die Kosten der Raubpolitik trage, die uns zum Trotz seit Jahren geübt wird. Das beste und sicherste für Marokko wie für Frankreich ist, daß wir uns nicht einmischen und den Sultan nicht endgültig, unter dem Vorwande ihm beizuspringen, zugrunde richten. Geben wir ihm die Verfügung über seine Hilfsquellen, damit er sich selbst verteidigen, sein Ansehen wieder erobern, seine Truppen besolden und darauf verzichten kann, an den aufständischen Stämmen die fiskalischen Erpressungen zu üben, die ihre Erbitterung verschuldeten, die aber unsere illigen Banditen unvermeidlich gemacht haben. Das ist der einzige Weg, der nicht zum Abgrund führt.

Wie seinerzeit während der Parlamentsferien der Streit von Casablanca unternommen wurde, so werden auch diesmal nach Schluß der Parlamentstagung plötzlich bedrohliche Nachrichten über Marokko verbreitet, und Kolonialgruppen verdoppeln ihre Bemühungen, um die Regierung und die Nation mit fortzureißen. Das alles sieht nach bedenklichen Machenschaften und Ränken aus. Man sucht durch eine Panik einen umfassenden Invasions- und Besetzungsplan zu erzwingen, der in gar keinem Verhältnis zu der in Marokko herrschenden Gärung steht. Die Urheber dieser Machenschaften treiben uns mit alarmierenden Meldungen in einen regelrechten Krieg gegen Marokko. Wenn die Regierung so schwach ist, diesen öffentlichen Missetätern nachzugeben, dann verwickelt sie sich und Frankreich in ein unheilvolles, unsauberes Abenteuer."

Diesen Worten können wir nur zustimmen und hoffentlich hat, wie im Jahre 1905, die Arbeiterklasse in Frankreich im entscheidenden Augenblick die notwendige Kraft und Macht, um Eventualitäten zu verhüten und Frankreich vor dem Beschreiten abschüssiger Bahnen in der Weltpolitik zu bewahren.

Die anderen Großmächte nehmen vorläufig zu der Marokkomache und dem Vorgehen Frankreichs eine abwartende Stellung ein. Spanien hält zwar seine Truppen zur Entsendung bereit, um nichts von seinem „Recht" zu lassen, scheint aber auch wenig Neigung zu verspüren, seine sowieso kritische innere Lage durch Komplikationen in Marokko zu vermehren. Die offiziellen Blätter Deutschlands und Englands registrieren lediglich die vorkommenden Ereignisse.

* * *

Tanger, 23. April. Aus Mazagan wird gemeldet, daß dort Offiziere der französischen Militärmission an Land gegangen sind. Bei der Ausschiffung kam es zwischen dem französischen Konsulat und dem Pascha zu Zwischenfällen, über die nähere Nachrichten fehlen.

Cherbourg, 23. April. Sechshundert Mann Kolonialtruppen werden Dienstag nach Marokko abgehen.

Biserta, 23. April. Zwei Bataillone Tirailleurs, ein Bataillon Zuaven, eine Eskadron Spahis, eine Eskadron Chasseurs und eine Batterie Artillerie werden am 28. April von hier nach Marokko in See gehen.

Paris, 23. April. Unter den neuen Truppen, die die Regierung zur Entsendung nach Casablanca bestimmt hat, befinden sich eingeborene Truppen aus Algier, und zwar einige Truppen aus der Hauptstadt und 1500 Schwarze aus Dakar.

Deutsches Reich.

Die guten ausländischen und die bösen deutschen Sozialdemokraten.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung beschäftigt sich in ihren Rückblicken im Anschluß an von ihr abgedruckte Ausführungen des Vorwärts mit der von der englischen S. D. P. angenommenen Resolution, die sich für die Aufrechterhaltung einer hinreichenden englischen Flotte ausspricht. Sie schreibt:

Tatsache bleibt es, daß für die englischen Sozialisten eine „genügend starke Flotte" kein „nationales Vorurteil", wie es der Vorwärts bezeichnet, bedeutet, sondern ein nationales Interesse, dem sie sich willig beugen. Zwischen einer solchen Auffassung der nationalen Lebensfragen und der Preisgabe der höchsten Interessen des deutschen Volkes durch die Sozialdemokratie in Deutschland klafft ein Abgrund, den keine Sophistik zu überbrücken vermag. Der Internationalismus wird von den Sozialisten Frankreichs und Englands nur so weit gepflegt, als er notwendig ist, um die Sozialdemokratie in Deutschland in ihrem volksverräterischen Gebaren zu bestärken. In Wahrheit ist lediglich bei uns die Sozialdemokratie in ihrer Gesinnung international, der Sozialismus in anderen Kulturländern verleugnet diese Gesinnung offen in jedem Falle, in dem wirkliche Interessen der betreffenden Nation zur Erörterung stehen.

Es ist das alte Spiel, das von den Regierungen aller Länder immer wieder gegen die Sozialdemokratie getrieben wird. Die eigenen Sozialdemokraten, das sind die bösen Buben, die das Vaterland schnöde im Stich lassen wollen, aber die Sozialdemokraten in anderen Ländern, das sind feine Kerls, die ihr Vaterland lieb haben. So hat erst kürzlich die österreichische bürgerliche Presse der einheimischen Sozialdemokratie unseren französischen Genossen Jaurès als leuchtendes Vorbild hingestellt; eine Ehre, die dieser in der Wiener Arbeiterzeitung allerdings schleunigst als unverdient zurückgewiesen hat.

Uebrigens zeigt sich hier wieder einmal, wie gemein und skrupellos das Organ des Reichskanzlers werden kann, wenn es gegen die verhaßte Sozialdemokratie geht. Denn was ist es weiter als eine Gemeinheit, wenn sie von dem „volksverräterischen" Gebaren der Sozialdemokratie spricht. Auch das edle Leiborgan der deutschen Reichsregierung weiß doch ganz gut, daß die Sozialdemokratie unser Vaterland nicht irgend einem fremden Staate ausliefern will, sondern, daß sie deswegen den bei uns herrschenden Rüstungswahnsinn bekämpft, weil sie ihn für verderblich für unser deutsches Volk hält.

Wenn es selbst unter unseren englischen Parteigenossen Leute gibt, die an einer starken Flotte für England festhalten, so ist das vor allem auf die Haltung der deutschen Regierung zurückzuführen. Während der englische Minister Sir Edward Grey auf die Notwendigkeit einer Abrüstung für die modernen Völker hingewiesen hat, hat sie es ja entschieden abgelehnt, auch nur den Versuch zu machen, Vereinbarungen der Staaten über eine Verminderung der Rüstungen herbeizuführen.

Offiziöse Schönfärberei.

Die Berliner Politischen Nachrichten des Herrn Schweinburg fahren fort in dem Bestreben, die finanzielle Lage des Reiches so rosig als nur möglich zu schildern. Um die Gesundung der Reichsfinanzen zu beweisen, sei es keineswegs nötig, dem Reichstag erst noch den Etat für 1912 zur Kenntnisnahme vorzulegen, denn das gehe schon aus dem, was dem Reichstag vor ein paar Wochen verabschiedeten Etat bereits Schweinburg erzählt dann weiter:

„Es wird ferner im laufenden Jahre eine Reichsanleihe aufgenommen werden, was schon seit langem nicht der Fall ist. Ist danach noch ein Zweifel an der Gesundung der Reichsfinanzen möglich? Sollte er noch irgendwo vorhanden sein, so wird er durch den Endabschluß für das Rechnungsjahr für 1910 beseitigt werden. Dieser Abschluß wird zeigen, daß aus früheren Zeiten stammende und die nächsten Jahre bedrohende Lasten zu einem großen Teil werden beseitigt werden können. So ist also auch ohne den Reichshaushaltsetat für 1912 schon die Gesundung der Reichsfinanzen erhärtet. Selbstverständlich wird noch manches zu tun bleiben, um zu ganz tadellosen Zuständen zu gelangen. Dazu waren die Sünden der Vergangenheit zu groß. Namentlich wird dies der Fall bei Ausgestaltung des Extraordinariums sein. Das Ziel ist, auf Anleihe nur noch Ausgaben werbender Natur zu nehmen. Für die allernächste Zeit läßt es sich aus den angeführten Gründen nicht erreichen. Aber daß seine Erreichung möglich ist, wenn sie, wie in letzten Zeit gewirtschaftet wird, daran ist kein Zweifel. Es ist gar nicht einzusehen, weshalb erst der Etat für 1912 abgewartet werden muß, um die Gesundung der Reichsfinanzen zu beweisen.

Dieser skrupellosen Verschleierung der Tatsachen gegenüber muß doch einmal betont werden, daß die Balancierung des Etats absolut kein Kunststück ist, wenn man über Hunderte Millionen Mark neuer Steuern verfügen kann. Bezeichnend aber ist es, daß trotz dieser neuen Steuern der Etat nur mit Mühe und Not ins Gleichgewicht gebracht werden konnte. Im nächsten Jahre erfordert die geschlossene Heeresvermehrung allein schon eine Mehrausgabe von 24 Millionen Mark. Diese Mehrausgaben für das Heer werden damit bestimmt 100 Millionen Mark erreichen. Die Großindustrie drängt, wie aus dem Jahresbericht der Dortmunder Handelskammer zu ersehen ist, auf eine Abänderung des Flottengesetzes; eine Vermehrung der Bauten von Kreuzern wirft das ganze Kartenhaus des Schatzsekretärs Wermuth über den Haufen. Es gehört nicht ein robustes Gewissen dazu, unter solchen Umständen dem Volke eine Sanierung der Reichsfinanzen vorzutäuschen zu wollen.

Nicht „blödsinnig".

Ein Berliner Telegramm der Kölnischen Zeitung meldet:

„Wir sind bereits den falschen Gerüchten entgegengetreten, von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler und Staatssekretär des Innern wegen der elsaß-lothringischen Frage wissen wollten. Wir möchten aber noch ausdrücklich feststellen, daß der Reichskanzler und der Staatssekretär Delbrück, wie dies in allen unterrichteten Kreisen bekannt ist, in dieser Sache von Anfang an sich in voller Uebereinstimmung befunden und gehandelt haben, darin hat sich nichts geändert. Ist schon die Annahme gewiß, der Reichskanzler könnte in einem Scheitern der Vorlage für einen Anlaß zum Rücktritt sehen, so ist es geradezu böswillig, ihm unterzuschieben, er würde in diesem Falle einen Mitarbeiter zum Sündenbock machen, der sich mit allen Kräften um das glückliche Gelingen des wichtigen Werks bemüht."

Das Wolffsche Bureau, das diese Meldung als offiziös weiter verbreitete, leistete sich den kleinen Scherz, statt „ganz zu böswillig" „geradezu blödsinnig" zu telegraphieren. Aber weder die eine noch die andere Form macht den Eindruck „philosophischer" Gelassenheit.

Treibereien des Flottenvereins.

Das Organ des Deutschen Flottenvereins, Die Flotte, sieht sich im Aprilheft genötigt, die Regierung für neue, über das Flottengesetz hinausgehende Marineforderungen scharf zu machen. Anstatt vier große Flottenbauten, wie in den letzten Jahren, sollen planmäßig vom Jahre 1912 an nur deren zwei in jedem Jahr auf Stapel gelegt werden. Mit diesem Hemmschuhgehen der Flottenbauten ist aber das Organ des Deutschen Flottenvereins nicht einverstanden, denn „der Flottenverein spricht die Erwartung aus", so schreibt „Die Flotte", „daß nunmehr ungesäumt an den Ersatz der seit drei Jahren der Zweckbestimmung entzogenen Kreuzer der „Hertha"-Klasse herangegangen wird. Als Ersatzschiffe für die Kreuzer der „Hertha"-Klasse wird man aber Linienschiffskreuzer bauen, und jeder der neuen Linienschiffskreuzer, wie der „Moltke" kommt heute bereits auf über vierundvierzig Millionen Mark zu stehen. Man kann sich daher einen Begriff von der Mehrbelastung des nächstjährigen Marineetats machen, wenn nicht „ungesäumt" auf die Vorschläge des Organs des Flottenvereins eingehen würde!

Scharfmacherische Vorbereitungen für das neue Strafgesetzbuch. Die Landeszeitung für beide Mecklenburg ist in zu melden, daß der Kommission zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuchs eine statistische Denkschrift über Ausschreitungen bei Lohnkämpfen zugegangen ist, welche Herbeiführung einer Verschärfung der Strafe gegen den Terrorismus.

Die Gesellschaft für soziale Reform hält ihre Generalversammlungen vom 11. bis 13. Mai d. J. in Berlin ab. Die geschäftliche Tagung wird das Thema: Die gewerblichen Lohnarbeiter beider Geschlechts im Alter von 14 bis 18 Jahren behandeln. Am Donnerstag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, spricht in einer Versammlung der Berliner Ortsgruppe Stadtschulrat Dr. Michaelis über das Berliner Fortbildungsschulwesen; am Freitag den 12. Mai, 9½ Uhr, beginnen die Verhandlungen der Hauptgesellschaft mit einem Vortrag von Obermedizinalrat Dr. v. Gruber-München über: Berufsschutz der jugendlichen Arbeiter; am Sonnabend, gleichfalls 9½ Uhr beginnend, werden sprechen: Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Cuno-Hagen über: Die Fortbildungsschule, und Walter Classen, Leiter des Volksheims in Hamburg, über Jugendpflege. An die Referate schließt sich Diskussion an. Der Eintritt ist frei für jedermann.

Ersatzwahl im vierten Berliner Landtagswahlkreis. Im vierten Berliner Landtagswahlkreis findet heute, Montag den 24. April, die Ersatzwahl für den Abg. Kreitling (Fortschr. Volksp.) statt, dessen Mandat für ungültig erklärt wurde. Es sind 378 Wahlmänner zu wählen, von denen 110 auf die dritte Abteilung, 127 auf die zweite Abteilung und 141 auf die erste Abteilung entfallen. — Bei der Ersatzwahl im Oktober 1910 wurden 296 fortschrittliche und 19 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Die Konservativen haben für die bevorstehende Wahl strengste Wahlenthaltung beschlossen. Wie geschah dies, so erklären die reaktionären Organe, „wegen der feindseligen gehässigen Haltung der Freisinnigen und der Wahlkreise, die sie ausnahmslos der Umsturzpartei gewährt haben". Der Fortschritt ist erbost über diese konservative Absage.

Kleine politische Nachrichten. Vom 11. bis zum 14. Mai wird der Deutsche Handelstag in Heidelberg, wo vor 50 Jahren seine Gründung erfolgte, das Fest seines fünfzigjährigen Bestehens feiern. Bis jetzt haben sich etwa 600 Teilnehmer gemeldet. Für die Heidelberger Festtage sind neben einer Arbeitssitzung umfangreiche festliche Veranstaltungen geplant. — Der preußischen Kultusminister sind bringliche Erhebungen über den gegenwärtigen Stand der Jugendpflege angeordnet. Es soll dabei die Zahl der männlichen Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren festgestellt und ferner ermittelt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110424/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG